Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 80 (1986)
Heft: 6

Rubrik: Zeichen der Zeit : Radwechsel am falschen Zug?

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

zen, das uns für weitere Engagements stärkt. Wer uns auf diesem Weg unterstützen kann, dem sind wir dankbar. Und betreffe dies auch nur seine Unterschrift auf der beiliegenden Unterschriftenkarte: Denn auch ein langer Weg beginnt mit dem ersten, kleinen Schritt.

1 Es wird im Juni ganz offiziell auf Plakatwänden in Zürich, Basel, St. Gallen, Luzern, Bern, Biel, Aarau, Baden, Uster noch vielen Tausenden Menschen zu denken geben.
2 Zur GSoA-Initiative als Lackmusprobe für die Meinungsäusserungsfreiheit vgl. Tages-Anzeiger vom 23. März, 23. April und 15. Mai 1986; Plädoyer 2/86; Der Beobachter 8/86.
3 Brodmann/Gross/Spescha (Hg.): Unterwegs zur Schweiz ohne Armee, der freie Gang aus der Festung, Z-Verlag, Basel 1986 (Juni), 350 Seiten, Fr. 24.–.
4 Vgl. Basler Zeitung vom 14. Januar 1985 und WoZ vom 8. Februar 1985, wiederzufinden in den GSoA-Infos 9 (S. 126) und 10 (S. 80).
5 In diesem Zusammenhang scheinen mir auch die Überlegungen von Norbert Kostede bedenkenswert, die er im TA-Interview vom 26. Mai 1986 zur Annäherung der innerhalb der deutschen Grünen versammelten Strategien und deren Revision im Lichte von Tschernobyl ausgeführt hat.

Willy Spieler

Zeichen der Zeit
Radwechsel am falschen Zug?

«Vom Wechseln der Räder am fahrenden Zug» heisst das Buch, mit dem Rudolf H. Strahm sich anschickt, *«über die Zukunftschancen einer regierungsfähigen Linken in der Schweiz»* nachzudenken und *«sozialdemokratische Entwürfe für eine Schweiz von morgen»* vorzulegen.[1] Eindrucksvoll beschwört er das Bild seines Buchtitels: «Die dritte industrielle Revolution ist in vollem Gange. Der Zug der gesellschaftlichen und technologischen Entwicklung fährt in rasendem Tempo. Auch der Zug der Sozialdemokraten fährt mit. Sie müssen ihre defekten Räder auswechseln, dieweil er mit grosser Geschwindigkeit weiterfährt» (S. 194).

Ein Bild mit Rädern verwendet auch Peter Hablützel in seinem Nachwort: «Die Räder der politischen Maschine begannen durchzudrehen, weil die Parteien, bisher hauptsächlich Erfüllungsgehilfen des neokorporatistischen Kartells, vorerst keinen eigenen Weg aus der politischen Krise finden konnten und sich damit selbst in Legitimationsschwierigkeiten brachten» (S. 206).

Hablützels Bild gefällt mir besser. «Der Zug der gesellschaftlichen und technologischen Entwicklung» fährt ja, wie Strahm selber feststellt, durchaus nicht in die richtige Richtung. Was der SPS not tut, ist daher nicht der Radwechsel, um das Tempo zu halten, sondern der Kurswechsel, der dem eigenen Zug eine neue Richtung weist. Die Räder des SP-Zuges mögen noch so oft ausgewechselt werden, im Morast der politischen Immobilität drehen sie trotzdem durch. Heben wir also zunächst einmal den SP-Zug aus dem Morast, den Hablützel das «neokorporatistische Kartell» nennt, und setzen wir den Zug auf die richtige Schiene, dann hat allenfalls auch das Wechseln der Räder seinen Sinn.

Der SP-Zug im Morast des «neokorporatistischen Kartells»

Dass einige wenige Spitzenverbände die Schweiz regieren, zusammen also ein «neokorporatistisches Kartell» bilden, ist bedingt durch den «Grundkonsens zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern», wie er in der Wirtschaftskrise der dreissiger Jahre und unter dem Eindruck der faschistischen Gefahr begründet wurde. Seinen politischen Überbau hat dieser Grundkonsens in der *sozialdemokratischen Bundesratsbeteiligung* gefunden. Die beiden SP-Sitze im Bundesrat sind der Preis, den das Bürgertum für den «sozialen Frieden» zu zahlen bereit ist. Das systemkonforme Wohlverhalten ist der Preis, den die Bundesratsbeteiligung die SPS kostet.

Auf der *Haben-Seite* der «Konkordanzdemokratie» steht ohne Zweifel der Ausbau des Sozialstaates. Gemessen an der systemüberwindenden Aufgabe der historischen Arbeiterbewegung, fallen die *Passiven* jedoch weit mehr ins Gewicht: In all den Jahren ihrer Regierungsbeteiligung hat die SPS «nicht einmal die Vormacht des Kapitals und die kulturelle Hegemonie des Bürgertums gebrochen». Im Gegenteil, die sozialpolitischen Erfolge wurden erkauft durch die «Integration in den Staat» und durch die Aneignung «bürgerlicher Wertnormen» bis hin zum «Antikommunismus». Strahm sieht diese verhängnisvolle Entwicklung (S. 25), scheint aber den Passivsaldo unter dem Strich der sozialdemokratischen Bundesratsbeteiligung nicht wahrzunehmen.

Heute wird das Scheitern des Konkordanzsystems immer offenkundiger. Es hatte in der Nachkriegszeit ein stetiges Wirtschaftswachstum zur Voraussetzung, das Vollbeschäftigung und steigende Reallöhne garantierte. Dieses Wachstum ist seit dem Einbruch von 1974 gefährdet. Und wo es anhält, werden dadurch mehr Arbeitsplätze «wegrationalisiert» als neue geschaffen. Das quantitative Wirtschaftswachstum wurde und wird ohnehin zu teuer erkauft: zu Lasten unserer natürlichen Lebensgrundlagen, zu Lasten der späteren Generationen, zu Lasten der Dritten Welt.

Die Regierungsbeteiligung hat der SPS denn auch keine neuen Wählerschichten erschlossen. Das Gegenteil ist der Fall: Immer mehr Arbeiter und immer mehr ökologisch orientierte Stimmbürger fühlen sich durch dieses System, dessen Teil die SPS geworden ist, nicht vertreten. Die Arbeiter zeigen ihre Ablehnung, indem sie der Urne fernbleiben oder bei der nationalistischen Rechten eine Ersatzheimat suchen, die umweltbewussten Stimmbürger opponieren, indem sie Kräfte unterstützen, die nicht zum bestehenden Machtkartell gehören. Strahm sieht diesen «Krebsgang» einer systemverhafteten Partei: «Es ist nicht übertriebener Pessimismus zu sagen, die SP könnte zu einer 15-Prozent-Partei absacken und aus den meisten Regierungen herausfallen» (S. 17). Die Zahl der Mitglieder ist rückläufig, die Hälfte über 60 Jahre alt. Auch die Fähigkeit, aus eigener Kraft eine Initiative oder ein Referendum zustande zu bringen, ist der SPS abhanden gekommen. Das alles sieht Strahm, nur das Konkordanzsystem als zentrale Ursache dieser Entwicklung sieht er nicht.

In Übereinstimmung mit dem «kollektiven Gedächtnis» unserer Zeitschrift[2] habe ich wiederholt die Meinung vertreten, dass die SPS auf eine Bundesratsbeteiligung von Gnaden und zu Bedingungen des politischen Bürgertums verzichten sollte.[3] *Nach «Tschernobyl»* bin ich von der Richtigkeit dieser Auffassung mehr denn je überzeugt. In einem Bundesrat, der sich von seiner AKW-Politik nicht abbringen lässt, hat eine Partei, die sich der Wiedervereinigung von Ökologie und Ökonomie verpflichtet weiss, nichts zu suchen. Um in Strahms Bild zu bleiben: Im fahrenden Zug nach Tschernobyl will ich nicht die Räder wechseln, sondern nur noch die Notbremse ziehen.

Das bemühende Schauspiel, dass ein sozialdemokratischer Bundesrat landauf, landab die Nutzung der Kernenergie predigt, während das sozialdemokratische Parteivolk sich die Füsse wund läuft, um mit einer Volksinitiative den Bau von Atomkraftwerken zu verhindern, haben wir schon einmal erlebt. Nach «Tschernobyl» müsste jede derartige «Reprise» für die SPS ein böses Ende nehmen.

Im «Organisationspolitik in der Sozialdemokratie» genannten ersten Teil seines Buches setzt Strahm alles auf die Karte der *«vollen Referendums- und Mobilisierungsfähigkeit»* (S. 97) der Partei. Die Karte würde stechen, wenn Strahm auch den Zusammenhang zwischen einer die Partei lähmenden Bundesratsbeteiligung und der fehlenden Referendums- bzw. Mobilisierungsfähigkeit bedächte. Was bringt das Referendum gegen eine Regierung, in der man selbst vertreten ist? Was bringt es, wenn auf der andern Seite der Fronten die «eigenen» Bundesräte stehen?

Strahms besonderes Anliegen ist die *Integration der nachmaterialistischen Mittelschichten in die SPS.* Zu ihnen gehören «Angestellte mit sozialer Verantwortung, mittlere Kader bis zum höheren Management, Berufe im Bereich der Sozialarbeit, des Erziehungs- und Gesundheitswesens» (S. 40). Ihr zentrales Paradigma kreist um eine neue Einstellung zu Umwelt und Frieden. Wie aber soll die SPS für diese Schichten attraktiv werden, wenn im Schaufenster der Partei sozialdemokratische Bundesräte stehen, die letztlich immer nur die Politik der bürgerlichen Mehrheit exekutieren müssen? Von den Bewegungen, die Strahm den nachmaterialistischen Mittelschichten zurechnet, sagt er sehr zutreffend: «Sie sind oft wertkonservativ und gleichzeitig attackieren sie die bestehenden Institutionen, als ob sie Progressive wären» (S. 46). Mit einer SPS als Bundesratspartei ist gegenüber diesen Bewegungen kein Staat mehr zu machen.

Für Strahm ist die Bundesratsbeteiligung zwar kein Dogma, sondern eine Frage der *«Effizienz»* (S. 49ff.), ein Massstab, nach dem Willi Ritschard erstaunlich schlecht und Otto Stich erstaunlich gut wegkommt. Doch alle Effizienz im einzelnen nützt nichts, wenn die Bundesratsbeteiligung keine entscheidende Kurskorrektur herbeizuführen vermag. Zur Effizienz hinzukommen müsste wenigstens die profilierte sozialistische Persönlichkeit, die sich von der «Berner Mechanik» nicht beeindrucken liesse. Solche Genossinnen und Genossen, die ihre Überzeugung nicht der bundesrätlichen «Kollegialität» unterordneten, haben heute freilich keine Chance, vom bürgerlich beherrschten Parlament gewählt zu werden.

Es gibt sie tatsächlich, die *Linken in den Exekutiven:* nur eben nicht auf Bundesebene, wo sie von einem bürgerlichen Parlament gewählt werden müssten, wohl aber auf kantonaler und kommunaler Ebene, wo das Volk sie wählt. Ihren 68er Idealen treu geblieben sind z.B. Christian Grobet und Remo Gysin als Regierungsräte von Genf und Basel-Stadt. In den Stadtexekutiven von Bern und Zürich arbeiten feministisch und ökologisch orientierte Genossinnen wie Gret Haller und Ursula Koch. In den Stadtrat von Uster wurde in diesem Frühjahr unser Freund Ludi Fuchs von der «Gruppe für eine Schweiz ohne Armee» gewählt. Hinzu kommt das sensationelle Resultat der Berner Regierungswahlen vom vergangenen 11. Mai, wo zwei Grüne den Freisinn aus seiner 140jährigen Regierungsbeteiligung verdrängten. Da bahnen sich Entwicklungen an, die Strahm leider nicht analysiert.[4] Für ihn kommt die Parteilinke nur noch im «Abseits» (S. 68) vor.

Gewiss, die linken Sozialdemokraten in den Exekutiven sind noch eine atypische Erscheinung, gerade weil sie noch zu sehr im Schatten der Parteirechten in der Bundesregierung stehen. Wäre die SPS aus dem Bundesrat ausgetreten, dann wäre es gerade umgekehrt: Diese

linken Mandatsträger wären die typischen Vertreter einer sich erneuernden Sozialdemokratie. So aber bleibt die Partei janusköpfig, angreifbar von allen Seiten und nicht nur vom Rechtsbürgertum.

Wohin geht die Reise?

Vom «*Versagen*» und «*Niedergang der europäischen Sozialdemokratie*» war in meinen «Zeichen der Zeit» schon öfter die Rede.[5] Das Urteil bezog sich auf die sozialdemokratische Unfähigkeit zur Wiedervereinigung von Ökonomie und Ökologie, zu einer Friedenspolitik, die diesen Namen verdient, und zur Überwindung des Kapitalismus.

Auch bei Strahm vermisse ich die sozialethisch fundierte Utopie, die politische Überzeugungen begründet, die revolutionäre Spiritualität, die Mut macht, die weltliche Reichgotteshoffnung eines Leonhard Ragaz, den der Verfasser nur dem Namen nach zu kennen scheint (S. 101). Statt von Sozialismus ist viel von «*Themenführerschaft*» die Rede und gewiss mit beachtlichen Vorschlägen. Was fehlt, ist die systemüberwindende Perspektive, ist nicht zuletzt auch die armeekritische Friedenspolitik (statt dessen wird S. 182 die «westeuropäische Verteidigungsunion» aus der Mottenkiste geklaubt). Fast völlig fehlt die Entwicklungspolitik, von punktueller Kritik an der Exportrisikogarantie, an den Mischkrediten und am IWF (z.B. S. 125, 147f.) einmal abgesehen. Von «gemeinsamen Strategien» der Arbeiterbewegung und der Entwicklungsorganisationen zur «sozialen Befreiung» der Dritten Welt ist jedenfalls nicht mehr die Rede, auch nicht mehr davon, «der Internationalisierung des Kapitals eine Internationale Solidarität der Arbeiterbewegung gegenüberzustellen»[6].

«Themenführerschaft» beansprucht Strahm dagegen «in zentralen Fragen, die die existentiellen Bedürfnisse der Wähler ansprechen: Umweltschutz, soziale Sicherheit, Arbeitsplätze». In der beharrlichen «*Verbindung von sozialer und ökologischer Frage*», «von Arbeitsplatzsicherheit und Umweltpolitik» (S. 106) liegt denn auch der unbestreitbare Vorzug seines Buches. Strahms Vorschläge zur ökologischen Steuerung des «technologischen Fortschritts» verdienten es, in ein Aktionsprogramm der SPS aufgenommen zu werden.

Strahm begnügt sich nicht mit der Auflistung ökologischer Rahmenbedingungen der Wirtschaft wie Grenzwerten für Schadstoffe und Haftpflichten der Hersteller für ihre Produkte, einschliesslich der Garantien für deren Lebensdauer (S. 130ff); er denkt vor allem auch an eine ökologische Umlenkung beschäftigungswirksamer Investitionen (S. 141ff.). Allein an Energiesparinvestitionen errechnet Strahm einen Bedarf von heute 60 Milliarden Franken. Er weiss, dass mit den 8 Milliarden, die ein AKW kostet, ebensogut die Energie eingespart werden könnte, die ein AKW produziert, wobei die Sparvariante erst noch anderthalbmal mehr Arbeitsplätze schaffen würde als die Atomstromvariante. Weitere ökologisch gebotene und gleichzeitig beschäftigungswirksame Investitionen sieht er im öffentlichen Verkehr, im Lärmschutz, in der Gebäudeerhaltung u.a.m. Subventioniert würden diese Investitionen durch Energielenkungsabgaben.

Obschon die «konkrete Utopie», die Strahm für eine realistische und mehrheitsfähige Synthese von Umweltschutz und Arbeitsplatzsicherung vorlegt, unsere Unterstützung verdient, bleibt sie *auf halbem Weg* stehen. Der «technologische Fortschritt» wird nicht hinterfragt: «Weder die Machtverhältnisse noch die Weltmarkt-Konkurrenz erlauben für die Schweiz eine andere Möglichkeit, als beim Technologie-Run mitzumachen» (S. 130). Kann sich die Linke diese *Resignation* leisten? Was die «Weltmarkt-Konkurrenz» in der Dritten Welt anrichtet, weiss doch niemand besser als Strahm selbst.[7] Und glaubt er wirklich, seine «konkrete Utopie» liesse sich ver-

wirklichen, ohne die «Machtverhältnisse» entscheidend zu verändern?

Strahm will die bestehenden Machtverhältnisse durch mehr Freizeit für die Arbeitnehmer kompensieren. Die Produktivitätssteigerung, die er für die nächsten 20 Jahre auf 65 Prozent schätzt, soll nicht in einen zusätzlichen Güterausstoss, sondern in eine Senkung der Arbeitszeit auf ca. 30 Wochenstunden umgesetzt werden. «Das Fernziel ist Arbeitszeitsouveränität: Jeder Mensch kann und darf in jedem Abschnitt seines Lebens soviel arbeiten und entsprechend soviel verdienen, wie er es für nötig hält» (S. 137). Ganz *im Sinne von André Gorz* wird die von Erwerbsarbeit freie Zeit nicht einfach «Freizeit» sein, sondern für die Selbstproduktion zur Verfügung stehen.[8]

So weit, so gut; doch an den «Machtverhältnissen» wird nicht gerüttelt. «Die Arbeit hat eben zwei Gesichter: ein Gesicht der Fremdbestimmung (Lohnarbeit) und eines der Autonomie (Selbstproduktion)» (S. 138). Da mag die «Wirtschaftsmacht», von der die Fremdbestimmung ausgeht, in der Schweiz «noch konzentrierter und noch geballter» (S. 151) werden, Gorz verhilft dem sozialdemokratischen Fatalismus zu einem guten Gewissen. Nicht nur die Arbeit im real existierenden Kapitalismus, sondern die Arbeit *an sich* «hat eben zwei Gesichter».

Strahm lehnt die *Demokratisierung der Wirtschaft* bis hin zur Selbstverwaltung zwar nicht rundweg ab, doch fehlt ihm dafür «absolut jedes realistische Szenarium der Verwirklichung» in einer «vermachteten Welt der Konzerne» (S. 151). Ist es unser Schicksal, in dieser vermachteten Wirtschaft bis zum St. Nimmerleinstag leben zu müssen? Genügt es, mehr Zeit für die «Selbstproduktion» zu haben, um für diese ungeheure und noch mehr ins Ungeheure wachsende Entfremdung entschädigt zu werden? Das könnte gerade dem Grosskapital so passen, zumal es nichts unversucht liesse, um diese «Freizeit» zusätzlich auszubeuten und zum «Konsumparadies» verkommen zu lassen. Wie sollen die als Lohnarbeiter entfremdeten Menschen zugleich «souverän» über ihre freie Zeit verfügen können? Und gesetzt, sie könnten es, würden sie sich dann die entfremdende Lohnarbeit noch gefallen lassen? Wie will Strahm seine Synthese von Ökologie und Ökonomie politisch gegen die – noch zunehmende – Wirtschaftsmacht durchsetzen, wenn diese nicht auch von «innen», von den Arbeitnehmern in den Unternehmungen und Konzernen selbst, kontrolliert wird? Wenn es denn je gelingen sollte, die Arbeiter für die Ökologie und die nachmaterialistischen Mittelschichten für die Ökonomie zu interessieren, so müsste diese neue Koalition sich ebensosehr in der Wirtschaft wie im Staat Geltung verschaffen.

Was Strahm vertritt, ist jener *«socialisme en suspens»*, mit dem Frankreichs Sozialisten gescheitert sind. Schon Leonhard Ragaz hat das Schicksal eines «suspendierten» Sozialismus vorausgesehen, als er die Anfänge der schweizerischen Konkordanzdemokratie kommentierte: «Wenn man nun aber für unbestimmte Zeit den Sozialismus aufgibt, meint man, den nachher wieder holen zu können? Kann man den wie geräuchertes Fleisch in einer Vorratskammer aufbewahren? Ich fürchte, da er nur als lebendiges Wesen einen Sinn hat, man werde ihn, wenn man ihn wieder holen will, tot finden»[9].

«Vom Wechseln der Räder»

Strahm ist ein *«Wertkonservativer»*. Er vertritt einen «linken Patriotismus» mit dem Ziel, die «ideellen Werte» der Schweiz «vor der Zerstörung durch den Kommerz zu bewahren» (S. 123f.). Der Paradigmenwechsel, der auf die Wiedervereinigung von Ökologie und Ökonomie drängt, konkretisiert sich zu ersten Schritten in einer «losen Koalition sanfter Patrioten». Diese wertkonservative Strategie hat gewiss ihren Sinn, sie ist vor

allem bei Initiativen und Referenden mehrheitsfähig und daher besonders zukunftsträchtig.[10] Der wertkonservative Paradigmenwechsel wird historisch jedoch nur dann wirksam, wenn er auch einen Systemwechsel in Richtung Überwindung des Kapitalismus auslöst. Die Wiedervereinigung von Ökologie und Ökonomie verträgt sich nicht mit entfremdeter Arbeit. Wer die Entfremdung zwischen Mensch und Natur aufheben will, der kann nicht die Entfremdung unter den Menschen übersehen.

Strahm meint, er sei den nachmaterialistischen Mittelschichten eine gewisse «*Entideologisierung*» (S. 43, 105) schuldig. Sind aber nicht gerade diese Schichten die Basis für jenen «Ökopaxsozialismus», der auf eine «Reideologisierung» der SPS drängt? Waren nicht gerade sie es, die sich innerhalb der Partei am ehesten für den Austritt aus dem Bundesrat mobilisieren liessen (S. 95)? Ist die Hoffnung, dass Sozialismus auch in den Köpfen der nachmaterialistischen Mittelschichten entstehen könnte, denn so abwegig? Stellen sie nicht die neuen Lohnarbeiter in einer vermachteten Wirtschaft?

Ehe die SPS die Räder wechselt, sollte sie wissen, welchen Zug sie überhaupt besteigen und welche Passagiere sie für die Weiterfahrt einladen will. Strahms Ruf nach dem «Wechseln der Räder», sprich: nach einer *neuen Parteileitung,* wird jedenfalls nicht sehr überzeugend begründet. Einerseits heisst es, die bestehende vermöge «für die Zukunft keine Hoffnung zu vermitteln» (S. 190), anderseits wird der «jetzigen Parteileitung» als «Verdienst» angerechnet, dass die SPS es geschafft habe, einen Teil der nachmaterialistischen Mittelschichten «als Mitglieder aufzunehmen oder als Wähler anzusprechen» (S. 42). Strahm selbst verhält sich gegenüber den bestehenden Machtverhältnissen viel zu fatalistisch, als dass es zur Verwirklichung seiner «konkreten Utopie» neuer Hoffnungsträger in der Parteileitung bedürfte.

Es ist überhaupt schade um das anregende Buch, dass seine politischen Inhalte durch den spektakulären Ruf nach einer neuen Parteileitung verdrängt werden. Zur *inhaltlichen* Diskussion beizutragen, ist der Sinn dieser «Zeichen der Zeit».

1 Rudolf H. Strahm, Vom Wechseln der Räder am fahrenden Zug. Über die Zukunfts-Chancen einer regierungsfähigen Linken in der Schweiz – Sozialdemokratische Entwürfe für eine Schweiz von morgen. Limmat Verlag, Zürich 1986. 207 Seiten, Fr. 28.–.

2 Vgl. W. Spieler, «Ohne Opposition verfällt die Schweiz dem sicheren Tode», Leonhard Ragaz zur Bundesratsbeteiligung der SPS, in: NW 1984, S. 45ff.

3 Vgl. NW 1984, S. 25ff., S. 94f. – Für wenig fair halte ich Strahms Vorwurf an die Parteilinke, die Bundesratsbeteiligung sei «künstlich aufgebläht» worden, daher heute bereits wieder ein «Unthema» in der innerparteilichen Diskussion. Müsste er nicht vielmehr die Loyalität anerkennen, mit der die Parteilinke den Entscheid des Parteitages vom 12. Februar 1984 respektiert, während ein anderer Entscheid die SPS «womöglich in eine Spaltung getrieben» (S. 95) hätte?

4 Von kritischen Soziologen wurde diese Entwicklung allerdings schon seit geraumer Zeit prognostiziert: vgl. Hanspeter Kriesi, Wer gefährdet den Rechtsstaat? in: Rote Revue, 4/1981, S. 18ff.

5 Vgl. NW 1985, S. 94ff., 334f.

6 Rudolf H. Strahm, Unheimliche Strukturveränderer, in: wendekreis 6/81, S. 18f.

7 Rudolf H. Strahm, Warum sie so arm sind. Arbeitsbuch zur Entwicklung der Unterentwicklung in der Dritten Welt mit Schaubildern und Kommentaren. Wuppertal 1986 (3. Aufl.).

8 Vgl. André Gorz, Abschied vom Proletariat, Frankfurt am Main 1980.

9 NW 1937, S. 341.

10 Vgl. «Zeichen der Zeit» in: NW 1984, S. 94ff.